

Die Festsitzung des Parlaments.

Aus Anlass des 80. Geburtstages des Herrn Bundespräsidenten traten heute vormittag im Saale des Nationalrates die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates zu einer Festsitzung zusammen.

Der Saal prangte in einer Fülle reichen Blumenschmucks und hoher Grünpflanzen. Die Mitte der Stirnwand war mit einer grossen rot-weiss-roten Fahne, die das Wappen der Republik Österreich trug, geschmückt,

Schon lange vor Beginn der Sitzung hatten sich die Mitglieder der beiden Häuser der Volksvertretung im Saale eingefunden. Die Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates sowie die Mitglieder der Bundesregierung hatten ihre Plätze in den vorderen Bankreihen eingenommen. Hinter ihnen hatten die Landeshauptleute, die Mitglieder der Landesregierungen, die Präsidien und die Mitglieder des Wiener und des Niederösterreichischen Landtages sowie die höhere Beamtenschaft der Ministerien Platz genommen.

In der Diplomatenloge hatten sich die Hochkommissare der Alliierten Mächte, der Apostolische Internuntius Msgr. Dellepiane und das diplomatische Korps eingefunden. Beide Galerien waren dicht besetzt.

Punkt 10 Uhr betritt der Herr Bundespräsident in Begleitung der Präsidien der beiden Häuser, des Kabinettsdirektors Klastersky und des Parlamentsdirektors Sektionschef Dr. Pultar unter Fanfarenklängen durch den rechten Seiteneingang den Sitzungssaal und nimmt auf dem in der Mitte des Halbrunds aufgestellten Fauteuil Platz.

Auf der Präsidentenestrade nehmen die Präsidenten der beiden Häuser, Präsident Kunschak und Vorsitzender des Bundesrates Freund, sowie die Präsidenten des Nationalrates Böhm und Dr. Gorbach und die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates Weinmayer und Beck die Plätze ein.

Präsident Kunschak eröffnet die Sitzung und hält folgende Ansprache:

(Folgen die Ansprachen des Präsidenten Kunschak sowie des Herrn Bundespräsidenten, die wir bereits auf den Bogen A ff. veröffentlicht haben.)

Nach der Rede des Herrn Bundespräsidenten ergreift Präsident Kunschak neuerlich das Wört. Er sagt:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Worte vermögen nicht das auszudrücken, was unsere heutige Kundgebung bewiesen hat: das unbegrenzte Vertrauen und den ebenso unbegrenzten Dank für Ihre bisherigen Leistungen. (Neuerlicher anhaltender, sich immer wieder erneuernder Beifall im Saale und auf den Galerien.)

Ich darf die Hohe Festversammlung einladen, mit mir einzustimmen in den Ruf: Es lebe der Herr Bundespräsident! Es lebe Österreich!

Die Festversammlung stimmt in ein dreifaches brausendes Hoch auf den Herrn Bundespräsidenten und auf Österreich ein! Der Staatsopernchor bringt eine Strophe der Bundeshymne zum Vortrage.

Präsident Kunschak: Ich erkläre hiemit die Festversammlung für geschlossen.

Schluss der Sitzung: 10 Uhr 50 Minuten.

-.-.-.-.-

Im Anschluss an den Festakt fand im Präsidialsalon ein Empfang der Hochkommissare der Alliierten Mächte sowie der Chefs der in Wien akkreditierten diplomatischen Missionen statt.

-.-.-.-.-

#### Bundesrat.

Der Bundesrat wurde von seinem Vorsitzenden Freund für Donnerstag, den 21. Dezember 1950, 9 Uhr, zu seiner nächsten Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung stehen 24 Punkte.

-.-.-.-.-

Rede des Präsidenten K u n s c h a k in der heutigen Festsitzung:  
Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Hohe Festversammlung! Wir sind zusammengekommen, um heute den Tag festlich zu begehen, an den der Herr Bundespräsident sein 80. Lebensjahr vollendet. Ich glaube, es gibt keinen Anlass, der berechtigter wäre, die heutige Festsitzung zu rechtfertigen. Ich heisse Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident und Sie alle auf das herzlichste willkommen.

Verehrte Frauen und Herren!

Das ist die Zeit! Sie erfasst den Menschen bei seiner Geburt und trägt ihn über frohe und traurige Stunden, Tage und Jahre unaufhaltsam und unerbittlich der Vollendung entgegen.

Unhegt von treubesorgter Liebe in Vaterhaus, hat unser Herr Bundespräsident eine sonnige Kindheit erlebt. Daran reihte sich ein von Sorgen und Nöten umrahmtes Studium, dem er mit zähen Willen und bewunderungswertem Eifer nachlebte. Dann kam über ihn die bitterste Heimsuchung: der Zusammenbruch des Elternhauses und in weiterer Folge das Ende der Eltern in der öffentlichen Armenversorgung. Endlich, schon in Mannesalter, gelang es unserem Herrn Bundespräsidenten, eine gesicherte Existenz und damit festen Boden unter seine Füsse zu bekommen. Letzteres dank der Bemühungen seines Lehrers, des als Sozialpolitiker bekannten Universitätsprofessors Philipovic, der ihm die Anstellung als Amanuensis an der Bibliothek des Parlamentes erwirkte. In dieser Stellung schuf er, der junge Beamte, einen Real-Katalog, der heute noch für die Bibliotheksarbeiten ein unentbehrlicher Behelf ist.

Anarchismus

An Ende des vorigen Jahrhunderts waren starke bis zum steigerte Bestrebungen im Gange, die auf Reform der bis dahin in Geltung gestandenen Staats- und Sozialordnung abzielten. Karl Marx hatte den Kapitalismus den Krieg erklärt, Ferdinand Lasalle die Arbeiternassen zur Teilnahme an diesem Krieg begeistert. 1891 stellte Papst Leo XIII mit seinem aufrüttelnden Rundschreiben über die Arbeiterfrage die Kirche in den Dienst des sozialen Befreiungskampfes der Arbeiterschaft. Bischof Ketteler von Mainz schuf in Deutschland die katholische Arbeiterbewegung, Engelbert Pernerstorfer, Dr. Viktor Adler, Baron Vogelsang und nicht zuletzt Dr. Karl Lueger, Prinz Alois Liechtenstein und Dr. Psenner, der Schöpfer der Christlichsozialen Partei. liefen Sturm gegen den damals allmächtigen alle Verhältnisse beherrschenden Manchester-Liberalismus. Dieser revolutionierenden Entwicklung stellte der deutsche Reichskanzler Bismarck sein Sozialistengesetz, die österreichische Regierung aber den Ausnahmezustand entgegen. Ein damaliger Minister erklärte überdies mit erstaunlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse: In Österreich gibt es keine soziale Frage, diese hört bei Bodenbach auf.

In Wahrheit war die Lage der Arbeiterschaft die denkbar schlimmste. Die Sozialgesetzgebung - nur ein Beispiel - bestand aus einer ganz unzulänglichen Krankenversicherung, der Arbeiterschutz aus einem Gesetz über die Sonntagsruhe mit zahllosen Ausnahmebestimmungen; lediglich für die Fabriksbetriebe war der Elfstundentag vorgesehen; für die Arbeit in den gewerblichen und Handelsbetrieben war eine Begrenzung der Arbeitszeit überhaupt nicht vorgesehen.

Diese Rückständigkeit der Sozialgesetzgebung und zahllose andere Misstände wurzelten in der völligen Rechtlosigkeit der arbeitenden Volksmassen. Das Wahlrecht in die Gesetzgebung wurde in <sup>vier</sup> Kurien ausgeübt, und zwar der Kurie des Grossgrundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und der Landgemeinden, in letzterer noch dazu eingeschränkt auf Wahlmänner. 1896 wurde eine fünfte Kurie geschaffen, in welcher die Arbeiter gemeinsam mit den Wählern der übrigen vier Kurien 72 von 516 Abgeordneten wählen durften. In allen Kurien war die Wahlberechtigung an das vollendete 24. Lebensjahr gebunden und nur den Männern vorbehalten.

In dieses wirre und brodelnde Milieu sah sich unser Herr Bundespräsident versetzt, als er daran ging, sein Interesse und seine Arbeitskraft dem Kampf um die politische und soziale Umgestaltung zu widmen.

1907, <sup>bei</sup> der ersten Wahl nach der im Jahre 1906 erfolgten Aufhebung des Kurien-Wahlrechtes und der Statuierung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, wurde unser Herr Bundespräsident erstmalig durch Wahl zum Reichstagsabgeordneten und 1908 durch Wahl zum niederösterreichischen Landtagsabgeordneten in die vorderste Front der Kämpfer für die Demokratisierung des politischen Lebens und des Aufbaues einer sozialen Gesetzgebung berufen. Er darf sich heute so manchen Erfolges auf diesem Boden rühmen.

Alsbald vollzog sich der Aufstieg unseres Herrn Bundespräsidenten vom einfachen Parlamentarier zum Staatsmann, als welchem ihm die schwersten Aufgaben, aber auch die bedeutendsten Erfolge beschieden waren. Der Zerfall der alten Monarchie als Auswirkung des ersten Weltkrieges hatte das anfänglich als Deutsch-Österreich proklamierte Land in eine Situation gebracht, auf der es um Leben oder Tod gegangen ist. Als erster Kanzler dieses an Haupt und Gliedern verstümmelten, aus tausend Wunden blutende, Rumpf-Österreichs wurde er im Mai 1919 als

Führer der Friedensdelegation nach Saint-Germain entsandt. Dort als Gefangener hinter Stacheldraht sitzend, musste er durch Wochen, Stunde um Stunde, um die Anerkennung Österreichs als selbständiges Staatsgebilde ringen, was ihm schliesslich, wenn auch unter zwingender Verpflichtung auf ebenso kurzsichtige wie einschränkende Vorbehalte der Ententenräte, gelungen war. Der Erfolg seiner Bemühungen war zunächst kein durchschlagender, in der Hauptsache jedoch in der Anerkennung Österreichs als selbständiges, dem Schutz des Völkerbundes anvertrautes Staatsgebilde ein für unsere Zukunft entscheidender.

Nach Rückkehr von Saint-Germain führte unser Herr Bundespräsident als Staatskanzler noch bis Juli 1920 die erste Republik auf die Wege des staatlichen Wiederaufbaues. An diese Tätigkeit schloss sich eine höchst unerfreuliche Periode der politischen Kämpfe, die Österreich neuerlich in die Gefahr des Verlustes seiner Selbständigkeit brachten, welche Gefahr durch den Kanzler Dr. Seipel und dessen Genfer Verträge gebannt werden konnte.

Das Jahr 1938 brachte durch den militärischen Einbruch Hitlers das Ende der ersten Republik und die Umbildung derselben in einen deutschen Reichsgau. Diese Periode leitete schier zwangsläufig in den zweiten Weltkrieg und . führte schliesslich zum Zusammenbruch des Hitlerismus. Nun stand Österreich vor neuen, unabsehbaren Schwierigkeiten. Aus dem Chaos, das die Hitlerära hinterlassen hatte, musste ein Ausweg gefunden werden.

Nach dem zu Ostern 1945 erfolgten Einnmarsch der siegreichen russischen Truppen trat unser Herr Bundespräsident neuerlich in Aktion. Er bildete gemeinsam mit den Vertretern der politischen Parteien eine provisorische Regierung, womit er sich als ein klar- und weitsehender Staatsmann erwies. Sein damaliger Gedanke der Zusammenfassung aller Parteien zum Zwecke des Wiederaufbaues der Republik spiegelt sich zum Wohle für Volk und Vaterland in der Koalition von heute, Glänzend gerechtfertigt wurde die Methode des Bundeskanzlers Renner durch die Ergebnisse des nur drei Monate währenden Provisoriums seiner Regierung. Mitentscheidend für diesen höchste Anerkennung heischenden Erfolg war sicherlich auch die Berufung der Parteiführer als Staatssekretäre ohne Portefeuille, gewissermassen als politische Mitberater der Regierung.

Die wichtigste und dringlichste Vorarbeit für die Wiederaufrichtung des staatlichen und parlamentarischen Lebens war geleistet. Der Staatsapparat

funktionierte wieder, das Chaos in der Verwaltung war überwunden, und so konnte nun das Volk zur Bekundung seines Willens in seiner Gesamtheit, Männer und Frauen, an die Urnen berufen werden. Als logische Folge des Wahlergebnisses vollzog sich die Vereinigung zur Koalition, die bis heute trotz geänderter Verhältnisse das schwierige Werk des Wiederaufbaues der Republik fortschreitend und im steigenden Masse erfolgreich führt. Die Nationalversammlung aber wählte den Kanzler am 20. Dezember 1945 zum obersten Beamten der Republik, zum Bundespräsidenten.

Rückschauend auf den ereignisreichen Weg der österreichischen Geschichte ist festzustellen, dass mit ihr der Name Renner unauslöschlich verwoben ist.

Im Namen des hier durch die beiden Häuser der Gesetzgebung vertretenen österreichischen Volkes gedenken wir heute der fast 50 jährigen parlamentarischen Tätigkeit des Herrn Bundespräsidenten und ebenso seiner 5 jährigen Funktion in letzterer Eigenschaft.

Wir begrüssen ihn am Ende seines 80. Lebensjahres dankbaren Herzens mit den besten Glück- und Segenswünschen für noch viele Jahre. (Lebhafter, langanhaltender Beifall im Saal und auf den beiden Galerien. Die Klubdmänner Dipl. Ing. R a a b, Dr. P i t t e r m a n n und Abg. H a r t l e b begeben sich zum Herrn Bundespräsidenten und drückten ihm die Glückwünsche ihrer Klubs aus.

Der Herr Bundespräsident Dr. Karl Renner begibt sich sodann zum Rednerpult und erwidert auf die Glückwünsche des Herrn Präsidenten des Nationalrates:

Geehrter Herr Präsident, geschätzte Männer und Frauen!

Ich tiefer Ergriffenheit danke ich Ihnen, allverehrter Herr Präsident des Nationalrates, und Ihnen, hochgeschätzte Obmänner der parlamentarischen Klubs für Ihre Glückwünsche und vor allem dem Herrn Präsidenten für die Worte der Anerkennung, die er meiner bisherigen Lebensarbeit gezollt hat. Ich weiss ihm auch Dank für die warmen Wünsche für kommende Lebensjahre, in denen mir die Früchte meiner und Ihrer aller politischen Arbeit in <sup>reifem</sup> beschaulicher Musse/zu sehen etwa beschieden ist.

Der Herr Präsident hat in treffenden Worten die gesellschaftlichen und politischen Zustände meiner, und ich möchte hinzufügen, auch seiner Jugendjahre geschildert und uns so recht zum Bewusstsein gebracht, wie doch alles so ganz anders geworden ist.

Zwei gewaltige geistige Umwälzungen charakterisieren zunächst die Jahrhundertwende um 1900. Es ist erstens die Epoche des stürmischen, zum Teil revolutionären Kampfes der werktätigen Massen um die politische Gleichberechtigung und die soziale Schutzgebung, vor allem um die Demokratie des allgemeinen Wahlrechtes.

Es ist zweitens der Kampf aller grossen und kleinen Völker um ihre Zusammenfassung im eigenen souveränen Staat, die nationale Freiheitsidee, die siegen soll, sei es um den Preis innerer Revolution und auswärtiger Kriege. Der sozialen Idee neigten überwieghend die Werktätigen, den Nationalstaatsgedanken die Besitzenden und Gebildeten zu.

Sie wissen, geehrte Männer und Frauen, wie das Zusammen- und Widerspiel dieser zwei Zeitideen zum Schicksal unseres vormaligen Staatswesens, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, geworden ist.

Schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts machten sich gegen diese beiden Richtungen Gegenmächte geltend. Die bestehenden Nationalstaaten waren ursprünglich von den Gedanken der wirtschaftlichen Autarkie im Rahmen politischer Selbstregierung beherrscht: Autarkie und Souveränität galten als Korrelate.

Die stürmische Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft jedoch verflocht inzwischen alle Kontinente unlösbar miteinander. Das freie Nebeneinander der Nationen wlich wechselseitiger Abhängigkeit, die führenden Klassen der grösseren und älteren Nationen unterschieden der nationalen Freiheitsidee immer mehr die Idee des nationalen Imperialismus, der Beherrschung der schwächeren und jüngeren Völker, die Idee der nationalen Vorherrschaft, womöglich der Alleinherrschaft in der Welt. Die Verfälschung der nationalen Freiheitsidee zur Idee der nationalen Vor- und Alleinherrschaft hat die beiden Weltkriege entzündet.

Diese zweifache entsetzensvolle Tragödie hat in allen denkenden Erdenbewohnern die Überzeugung geweckt: Es gibt für die schwergeprüfte Menschheit nur ein Heil in der Organisation aller Nationen, der grossen und kleinen, der alten und jungen, in der Aufrichtung eines demokratischen Bundes aller Völker, in der Organisation der Vereinten Nationen der Welt. Es ist dies die dritte der grossen Zeitideen, die daran ist, alle anderen zurückzudrängen und endlich zu siegen.

Diese Organisation hat auf der einen Seite jeder historisch gewordenen Nation einen gesicherten Rechtskreis, eine reale Autonomie einzuräumen, sie aber zugleich ein- und unterzuordnen unter die allein souveräne Gemeinschaft aller.

Die Notwendigkeit der friedlichen Konstituierung des Menschengeschlechtes wurde zur ausgesprochenen Überzeugung der Besten aller Nationen: Der Völkerbund entstand nach dem ersten Weltkrieg. Die Auflehnung des imperialistischen Nationalismus zerriss ihn. Nach dem zweiten Weltkrieg folgte ihm die Organisation der Vereinten Nationen. Kein Zweifel besteht, dass ein so gewaltiges Werk ungeheure Hindernisse zu überwinden, unermessliche Schwierigkeiten zu besiegen und manche Krisen zu überstehen habe. Nur Kurzsichtige und Kleingläubige können durch zeitliche und örtliche Rebellionen gegen die Idee beirrt werden.

Wer insbesondere bedenkt, dass auch die Völker des Orients, die sich eben erst im Laufe dieser Kriege aus Feudalismus, Absolutismus und Kolonialstatus emporgerungen haben, in dieses System einbezogen werden sollen

wird begreifen, dass von dort her gewaltige Schwierigkeiten erstehen müssen.

Ich konnte, Männer und Frauen, diese allgemeine Übersicht über die Entwicklungsgesetze, die während der Dauer meines Lebens die Welt bestimmt haben, zu geben mir nicht ersparen. Denn gerade das ist das besondere Schicksal unseres Landes, dass es mehr als irgend ein anderes Land zum Opfer aller dieser Tendenzen geworden ist.

Land und Volk des heutigen Österreich waren bis um die Jahrhundertwende ein Glied des habsburgischen Reiches vieler Nationen, der demokratische Nationalstaatsgedanke war daran, es zu sprengen. Wenige Österreicher von damals begriffen, dass hart im Gefolge der nationalen Idee die neue Forderung, die gebieterische Notwendigkeit der Eingliederung in die Weltwirtschaft sich erhob, nur wenige begriffen, dass der nationalen Souveränität die eingeschränkte nationale Autonomie im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft des Reiches vorzuziehen sei.

Heute weiss jedermann, dass dieser von mir vertretene Ausweg der heilsamere gewesen wäre, nicht nur für uns, die deutschsprechenden Österreicher, sondern für alle Völker des ehemaligen Reiches, für Europa, ja für die Welt. Aber bevor sich diese Richtung Gehör erzwingen konnte, hat der erste Weltkrieg unsere innere Entwicklung überholt.

Aber dieser war noch unter dem eingebildeten oder vorgeschützten Ziele des demokratischen Nationalstaatsgedankens geführt worden, und die Nationalversammlung unserer jungen Republik 1918/19 konnte annehmen, aus ihm für sich die politischen Folgerungen ableiten zu sollen. Der Friede von St. Germain und die Friedensschlüsse der Pariser Vororte begruben den Gedanken des geschlossenen Nationalstaats und gaben erst recht die Bahn für den nationalen Imperialismus frei.

Dieser brachte den zweiten Weltkrieg, mit ihm den Zusammenbruch des Nazismus und die Erkenntnis, dass die demokratische Gemeinschaft aller Nationen, wie schwierig ihre Schöpfung sein mag, allein den Untergang der menschlichen Zivilisation überhaupt zu verhindern vermag. Umgekehrt aber, unter der Voraussetzung dieser neuen, internationalen, auf demokratischen Grundlagen ruhenden Völkergemeinschaft kann jedes Volk und können auch wir beruhigt in die Zukunft blicken.

Wir sind ein kleines Land, bewohnt von einem Volk, das unbestreitbar kulturell eine Gemeinschaft darstellt: Sichert uns die Selbständigkeit und Freiheit unseres kleinen Staatswesens im Rahmen der Völkergemeinschaft, so wird das, was der ursprüngliche Gedanke der freien Nation verheissen hat, von uns erfüllt werden, ebenso gut wie dies in der viersprachigen Schweiz unbestreitbar erfüllt ist!

Stellt auf der anderen Seite die Organisation der Nationen, die Einheit und Freiheit der Weltwirtschaft her, so werden wir mit gesicherten Erfolg mit allen Völkern der Welt zusammen wirtschaften! Niemals kann ein Land wie das unsere autark sein - das vermögen heute nicht einmal die grössten Reiche mehr in vollem Umfange -, aber als freies und gleichberechtigtes Glied der Weltwirtschaftsgemeinschaft werden wir selbst bestehen und <sup>en</sup> unser Teil zum wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtbestand der Menschheit beitragen.

Als freies Volk aber wollen wir im Innern alle unsere Volkskräfte entfalten, das heisst die Kräfte jedes Einzelnen, jeder Berufsgruppe, jeder Geistesrichtung, und so der ersten angeführten Leitidee, der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, dienen. Wir halten den Zwang im Hinblick auf jegliche schöpferische Regung der menschlichen Seele für hemmend, ja für verheerend! Wir wollen die freie Gleichberechtigung bei und für uns, wie wir sie im Verhältnis der Völker zu einander fordern. So sind wir gewiss, dass das, was an den nationalen und sozialen Zielsetzungen des beginnenden Jahrhunderts berechtigt und zielführend gewesen, in unserer freien Republik Verwirklichung finden kann.

Dass dem so geschehe, dazu sind Sie, meine verehrten Männer und Frauen, als Vertreter des Volkes berufen und durch Ihre Wähler beauftragt. Darüber freilich, was im einzelnen Falle zu geschehen hat, besteht kaum jemals von vorneherein Einigkeit. Beobachte sich jeder Einzelne: Bevor er zum Entschluss kommt, ringen in seiner Seele Gründe und Gegengründe. Nicht anders ist es in einem Volke. Es ist nicht nur unvermeidlich, sondern heilsam, dass in allen wichtigen Fragen Parteien sich scheiden, von denen jede zunächst in voller Offenheit und mit allem Nachdruck zu ihren

Auffassungen und Interessen steht. Dies ist indessen nur die eine Hälfte Ihres Auftrages. Zugleich sind Sie in diesem durch nahezu ein Jahrhundert von schönen und traurigen Erinnerungen geheiligten Raum zusammenberufen, damit aus den widerstreitenden Auffassungen das nach menschlichem Ermessen Richtige gefunden und zur gemeinsamen Tat werde! Dies die zweite, die wichtigere Hälfte Ihres Auftrages. Niemals vermesse sich das, was Partei, also Teil ist, zugleich das Ganze zu spielen und über alle anderen diktatorisch hinwegzuschreiten, niemals die Mehrheit von heute, die Bedenken der Minderheit einfach in den Wind zu schlagen. Wenn jedoch irgend erreichbar, möge die Zusammenarbeit auf breitesten Grundlage erstrebt werden.

Das, verehrte Männer und Frauen, war seit den ersten Tagen öffentlicher Wirksamkeit meine Auffassung der Demokratie, dies die von mir seit der Jahrhundertwende vertretene Idee der nationalen Autonomie und der internationalen Gemeinschaft der Völker: Und an diesem für mich festlichen Tage, der mir zwei Menschenalter Erfahrungen zusammenzufassen gestattet, ist mein Wunsch und Rat, dass die gleiche Auffassung allezeit Ihre Arbeiten leiten möge. (Lebhafte, lange anhaltender, sich immer wiederholender Beifall im Saal und auf den beiden Galerien.)

Tsch. (unleserlich)